

21. Mai 2014

TITELSEITE

## Hebammen und Ärzte streiten um Geburt und Kaiserschnitt

Wie kritisch sollen Frauen über Vor- und Nachteile einer Kaiserschnittgeburt informiert werden? Weil sich die Fachgesellschaften der Hebammen, der Neonatologen, der Pädiater und der Gynäkologen über diese Frage nicht einigen konnten, wählen die Gynäkologen nun den Alleingang: Statt gemeinsam mit den anderen Fachgesellschaften wollen sie auf eigene Faust eine Broschüre über Geburtsmethoden herausgeben. Dass die Geburtshilfe aber nicht nur Experten beschäftigt, zeigt eine Petition des Hebammenverbands zur Förderung der natürlichen Geburt. 17 000 unterschrieben das Anliegen. Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud spielt den Ball aber den Spitälern zu. (gum)

---

BERN SEITE 17

### Perrenoud gibt Hebammen einen Korb

**Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud unterstützt das Anliegen von Hebammen, die natürliche Geburt zu fördern, spielt den Ball aber den Spitälern zu. Der Hebammenverband vermutet, er wolle sich nicht mit den Ärzten anlegen.**

Mireille Guggenbühler

Am Ende waren es 17 000 Petitionärinnen und Petitionäre, die mit ihrer Unterschrift ihrem Unmut über die Ausrichtung der Geburtshilfe in der Schweiz indirekt Luft verschafften. In einer Petition des Schweizerischen Hebammenverbands fordern die 17 000 Männer und Frauen die schweizweite Einführung von hebammengeleiteten Geburtshilfeangeboten. Die Petition hat der Schweizerische Hebammenverband nach der Schliessung der Geburtshilfeabteilung in Riggisberg lanciert und bei der Gesundheitsdirektorenkonferenz eingereicht.

Wie die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren (GDK) in einem Brief an den Verband nun schreibt, unterstützt sie die Zielsetzung der Petition. Die GDK zeigt sich in ihrem Brief zudem «beeindruckt» von der Zahl der gesammelten Unterschriften. Aber: Die GDK macht klar, dass sie kaum Einfluss nehmen kann auf die Ausrichtung der Geburtshilfeangebote der einzelnen Spitäler. Dies sei Sache der jeweiligen Institutionen in den einzelnen Kantonen, hält die GDK fest und spielt den Ball deshalb zurück an die Kantone, die sie in Kenntnis setzen will über die Anliegen der Petition.

Und diese sind umfassend: Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett stünden unter ökonomischem Druck und seien übermedikalisiert, halten die Hebammen in ihrer Petition fest. Sie wollen sich deshalb starkmachen für die Förderung der natürlichen Geburt bei gesunden Frauen, bei denen das Risiko für Komplikationen gering ist.

In der Schweiz wird mittlerweile jedes dritte Kind mit einem Kaiserschnitt geboren. Unter den einzelnen Spitälern in der ganzen Schweiz gibt es in Bezug auf Kaiserschnitt-Geburten Schwankungen zwischen 14 und 57 Prozent. Die derzeitige Geburtshilfe zeichnet sich gemäss dem Hebammenverband durch zu hohe Raten an Interventionen aus – dazu gehört nicht nur der Kaiserschnitt, sondern beispielsweise auch eingeleitete Geburten. Die Hebammen wollen aber nicht nur für die Geburt mehr Verantwortung übernehmen, sondern die Frauen auch während der Schwangerschaft und im Wochenbett kontinuierlicher betreuen können als bis anhin.

### Was unternehmen die Kantone?

Die Frage ist nun, was die Kantone mit dem Anliegen der Petition machen. Im Kanton Bern zumindest hat die Regierung, nebst der Petition, auch noch einen entsprechenden Prüfauftrag vom Parlament

erhalten. In einem Vorstoss forderte die grüne Grossrätin Natalie Imboden die Sicherstellung hebammengeleiteter dezentraler Geburtshilfeangebote und die Schaffung der entsprechenden gesetzlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen. Die Motion wurde vom Parlament als Postulat überwiesen.

Gesundheitsdirektor und Regierungsrat Philippe Perrenoud ist persönlich überzeugt vom Modell der hebammengeleiteten Geburt – «auch weil ich dies zweimal als Vater so erleben durfte, das zweite Mal sogar zu Hause». Die hebammengeleitete Geburtshilfe ist für Perrenoud zudem auch aus «ökonomischer Sicht interessant». Doch der Gesundheitsdirektor spielt den Ball den Spitälern zu: «Wenn ein Bedürfnis nach hebammengeleiteter Geburtshilfe besteht, dann sollen die Leistungserbringer dieses einführen», sagt er. Er sehe kaum eine Möglichkeit, via Spitalliste – das Hauptinstrument zur Steuerung der Angebote – Einfluss auf die Geburtshilfe zu nehmen.

Georg von Below, Leiter Planung und Versorgung beim kantonalen Spitalamt, sagt ebenfalls, die Möglichkeiten des Kantons, den Spitälern die Entwicklung eines solchen Angebots vorzuschreiben, seien sehr limitiert. In der Versorgungsplanung gemäss Spitalversorgungsgesetz lege der Regierungsrat die Art und die Menge der benötigten Spitalleistungen fest. Der Entscheid über das konkrete Behandlungskonzept liege aber in der Kompetenz der Spitäler, sagt von Below. Der Kanton greife nur ein, wenn die Versorgungssicherheit gefährdet sei. «Und dies ist im Bereich der Geburtshilfe nicht der Fall.» Grundsätzlich, sagt von Below, unterstütze die Gesundheits- und Fürsorge- und Direktion (GEF) aber das Anliegen der Hebammen.

### **Die Angst vor den Ärzten**

Marianne Haueter, Präsidentin der Berner Sektion des Schweizerischen Hebammenverbands, zweifelt an der Argumentation des Regierungsrats und seiner GEF. Sie geht davon aus, dass sich die GEF «nicht mit den Ärzten anlegen

**«Bei einer unkomplizierten Schwangerschaft und Geburt braucht es den Arzt nicht.» Marianne Haueter, Präsidentin Berner Sektion Schweizerischer Hebammenverband**

will und deshalb wohl nicht weiter nach Möglichkeiten suchen wird, das Modell der hebammengeleiteten Geburtshilfe zu fördern».

Für die Dozentin an der Berner Fachhochschule für Gesundheit ist klar, dass die «Gesundheitsversorgungsplanung» im Kanton Bern im Moment ihren Namen nicht verdient – zumindest in der Geburtshilfe nicht. Geburt und Schwangerschaft würden als Krankheit betrachtet. «Ein natürliches Lebensereignis wird immer mehr zu einem medizinisch zu behandelnden Zustand. Bei einer unkomplizierten Schwangerschaft und Geburt braucht es den Arzt aber nicht», sagt Haueter.

In einer zukunftsgerichteten, qualitätsorientierten und frauengerechten Versorgung müsste die kontinuierliche hebammengeleitete Geburtshilfe in Spitälern als Leistungskategorie in die Planung aufgenommen werden, findet Haueter. Dies im Sinne einer Managed-Care-Strategie. Dabei müssten die Anforderungen für den Notfall spezifisch geregelt werden. Sie ist überzeugt, dass sich viele Frauen kontinuierliche Hebammen-Betreuungsmodelle wünschten, welche erwiesenermassen zu mehr normalen physiologischen Geburten führten.

Dass das Anliegen der Petition und damit die Förderung der natürlichen Geburt indes nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit ein Thema ist, zeigt ein Blick über die Landesgrenzen hinaus: In England beispielsweise gaben Gesundheitsberater der Regierung vor wenigen Tagen gemäss der Zeitung «The Guardian» zu Protokoll, dass es das Ziel sein müsse, künftig mehr gesunde, schwangere Frauen, die bereits ein Kind hätten und ein geringes Komplikationsrisiko aufwiesen, für hebammengeleitete Geburten, inklusive Hausgeburten, zu gewinnen. Dies unter anderem deshalb, weil die Interventionsrate bei diesen Geburten tiefer ist als bei den ärztlich geleiteten Geburten. Eine von vier Krankenhausgeburten endet in England mit einem Kaiserschnitt (vgl. auch Text unten).

---

### **Streit wegen Kaiserschnitt-Broschüre**

#### **Gynäkologen wollen nicht mit Hebammen informieren**

**Kinderärzte und Hebammen strebten eine zu kritische nationale Kaiserschnittbroschüre an, sagen Gynäkologen.**

Mireille Guggenbühler

Bis Ende 2013 hätten Hebammen, Neonatologen, Pädiater und Gynäkologen gemeinsam eine Aufklärungsbroschüre zum Thema Kaiserschnitt erarbeiten wollen. Dies war unter anderem ein Auftrag des Bundesrats, der nach einem umfassenden Bericht über die Kaiserschnittgeburten in der Schweiz folgte. Dieser Bericht war mittels eines Vorstosses von Ständerätin Liliane Maury Pasquier (SP) verlangt worden war. Doch die Infobroschüre hat sich als schwieriges Unterfangen herausgestellt. Bereits über die erste Fassung stritten sich Hebammen, Kinderärzte und Gynäkologen. Insbesondere die Zürcher Sektion der Schweizerischen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe (SGGG) kritisierte den Entwurf: Hebammen, Neonatologen und Pädiater strebten ein Kaiserschnitt-kritisches Instrument an, sagten sie. Die Kinderärzte würden in der Broschüre zudem behaupten, Kaiserschnittbabys hätten ein erhöhtes Risiko, an Diabetes oder Asthma zu erkranken. Doch dies sei sehr umstritten. Der Graben zwischen den Fachgesellschaften ist mittlerweile so tief, dass sich die SGGG entschieden hat, eine eigene Broschüre herauszugeben, wie deren Präsident Gabriel Schär sagt. Die Broschüre der SGGG werde umfassende Informationen über verschiedene Geburtsmethoden enthalten und keine reine Kaiserschnittbroschüre sein.

Hat die SGGG Angst vor kritischen Infos zum Kaiserschnitt? «Natürlich wollen wir nicht, dass der Kaiserschnitt zu negativ wegkommt, denn es gibt Frauen, die ihn brauchen», sagt Schär. Grundsätzlich aber betrachte man die Spontangeburt als Hauptgeburtsverfahren: «Wir haben kein Interesse daran, die Kaiserschnitttrate auf brasilianisches Niveau zu heben.» Diese Rate liegt in Brasiliens Städten zwischen 80 und 90 Prozent. Seitens des Schweizerischen Hebammenverbands will man zurzeit keine Stellungnahme abgeben. Man habe sich mit den anderen Fachgesellschaften auf eine Information zu einem späteren Zeitpunkt geeinigt, heisst es auf Anfrage.

Interessant ist, dass in der Zeit, in welcher die Fachkräfte in der Schweiz über eine Kaiserschnittbroschüre streiten, anderswo ganz andere Weichen gestellt werden: In den USA fordern Frauenarztverbände gemäss der deutschen «Ärzte-Zeitung» künftig mehr Geduld bei Geburten, um Frauen vaginal entbinden zu lassen, und neue Richtlinien, um unnötige Kaiserschnitte zu vermeiden. Der Geburtsprozess dauere viel länger als bisher angenommen. Die frühe Wehenphase könne durchaus drei bis vier Tage dauern, da bestehe kein Grund zur Panik oder zum Kaiserschnitt. Frühere US-Richtlinien erklärten eine frühe Wehenphase, die über 20 Stunden dauert (Erstgebärende) bzw. 14 Stunden (Wiedergebärende), für nicht normal.



Die Geburt ist eine Frauenangelegenheit. Dafür setzen sich Hebammen ein. Foto: Keystone

© Der Bund  
[Seitenanfang](#)

[drucken](#) [schliessen](#)